

VON JÜRGEN BACKHAUS

ASBACH-SICKENBERG. Erst war es – vor einigen Wochen – nur ein Gerücht: „In Asbach-Sickenberg brennt die Luft.“ Dort wollte man die Bürgermeisterin loswerden. Schon lange vor deren Zeit hatte es da immer mal Probleme gegeben. Da ging es zum Beispiel um eine verhinderte Flurbereinigung und um mit Nutzungsrechten belegte Grundstücke, die beim Sportplatzbau überbaut wurden. Einer der beiden betroffenen Sportplatz-Nachbarn ist Gastwirt Andreas Klampfl, der 1995 nach Asbach gekommen war, beziehungsweise seine Lebensgefährtin. Auch Ulrike Tylkowski, die im Mai 2013 ihr Amt als Bürgermeisterin antrat, war zugezogen. Sie bemühte sich, Streitfälle zu schlichten.

Beim Sportplatz am einstigen Grenzkolonnenweg sah sie, dass dieser ein Schwarzbau sei und wollte die nachträgliche Legitimierung. „Ich wollte eine Lösung, dass endlich Frieden einkehrt“, sagt Tylkowski, die vielleicht bald nicht mehr Bürgermeisterin ist. Fünf Mitglieder des aktuell sechsköpfigen Gemeinderates wollen in öffentlicher Sitzung am morgigen Freitagabend ihre Abwahl einleiten.



Ulrike Tylkowski ist Bürgermeisterin von Asbach-Sickenberg.

Fotos: Silvana Tismer/Epoch

Fronten sind zum Thema Sportplatz verhärtet

Die fünf haben am 25. August einen „Antrag zur Einleitung eines Abwahlverfahrens der Bürgermeisterin nach § 28, Abs. 6 Thür KO“ in deren Briefkasten gesteckt. Wie ein Gemeinderat, der nicht genannt werden will, gestern sagte, weiß die Kommunalaufsicht darüber Bescheid.

„Diese Maßnahme stellt eine weitere Eskalation des Psychokrieges in Asbach-Sickenberg dar. Es ist der bisherige Höhepunkt einer vier Jahre andauernden Mobbing-Kampagne gegen die amtierende Bürgermeisterin“, schreibt Wolfgang Schröder, ebenfalls ein Zugezogener, auf der Internetseite asbach-schraeder-news.de, mit der er Ulrike Tylkowski unterstützt. Dazu jedoch meint das Ratsmitglied, dass es mehrere Gründe für eine Abwahl gebe, auf die er nicht eingehen wolle. Da habe

sich „einiges angehäuft“. „Wir wollten das intern abhandeln, um die Bürgermeisterin vor sich selber zu schützen“, sagt es. Dazu habe es deshalb eine nichtöffentliche Sitzung gegeben. Aber Frau Tylkowski und Herr Schröder hätten per Internet die Sache nach außen getragen und würden so die Gemeinde in ein schlechtes Licht rücken.

Schröder erstellte auch ein Transparent „Kein Mobbing in unserem Dorf – ich stehe zur Bürgermeisterin!“, das an drei Häusern hängt. Er berichtet, dass die Sportplatz-Nachbarn versuchten, dem Verein bei der Legalisierung des Sportplatzes zu helfen. Und dass sie gegen die Gemeinde klagen werden, sollte das Verfahren zur Abwahl der Bürgermeisterin nicht zurückgezogen werde.

In jenem Antrag schrieben die fünf Ratsmitglieder von „Amtspflichtverletzungen der Bürgermeisterin“ und dass das Vertrauensverhältnis „irreparabel zerstört“ sei und erhoben Anschul-

digungen. Zum Beispiel habe sie bestimmte Personen begünstigt. Da seien ihr Dinge unterstellt worden, die nicht stimmten, und ihre Bemühungen (zur Klärung des Fußballplatz-Problems) ins Gegenteil verkehrt worden, sagt sie dazu. Das Vertrauensverhältnis könne repariert werden, wenn das Mobbing eingestellt und wieder respektvoll mit der Bürgermeisterin umgegangen würde. Zudem hielten die Ratsmitglieder es für wichtig, dass die Bürgermeisterin einer Baufirma, die im Jahr 2013 (!) für die Gemeinde arbeitete, auch einen kleinen Privatauftrag erteile. Sie gingen zudem – wohl datenschutzwidrig – auf den entsprechenden Zahlungsverkehr ein und meinten unter Bezug auf die private finanzielle Situation der Bürgermeisterin, „mehrfaches Geldborgen“ disqualifiziere sie als Amtsperson.

Am 12. September hörte „der Gemeinderat“ unter der Leitung des 1. Beigeordneten die Bürgermeisterin an, die nach ihrer

Schilderung dabei die Vorwürfe der Amtspflichtverletzung entkräftete. In der Einladung zur morgigen Sitzung, in der es nur noch eine geheime Abstimmung geben soll, geht es hauptsächlich um ihre private finanzielle Situation („Anpumpen von Bürgern“). Leider habe der Leiter der VG Uder, Thomas Hedder-

gott, die Gemeinderäte nicht informiert, dass sie keinen Zugriff auf Gemeindegeld habe, sagt sie. Zudem sei ihr stets korrekte Haushaltsführung bestätigt worden. Leider interessierten sich die Gemeinderäte nicht für Details ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit oder für eine Klärung des Sportplatzproblems, sondern

betrieben „üble Nachrede und Rufmord“. „Der Abwahlantrag hat keine sachliche Grundlage“, sagt Gastwirt Klampfl. „Das ist eine Hexenjagd.“ Aber Frau Tylkowski stehe beim Sportplatz-Thema weder auf der Seite des Sportvereins noch auf der der Nachbarn, „sondern auf der Seite von Recht und Ordnung“.



Ein Transparent in Asbach zur Unterstützung der Bürgermeisterin.